

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 2020 beginnen, dessen Haushalt bis heute nicht genehmigt wurde. Am Samstag, den 21.11.2020 sollte unsere Haushaltsklausursitzung stattfinden, in der der Haushalt 2021 beraten werden sollte, damit er noch fristgerecht in 2020 verabschiedet worden wäre.

Doch das was sich an diesem Samstag in der Haushaltsklausursitzung abgespielt hat, gleicht einem Schmierentheater. Der vom Bürgermeister eingebrachte Haushalt 2021 wurde von seinen eigenen Parteikollegen der SPD, der B-NOW und der NBL an den Magistrat zurückverwiesen. Eine höchst blamable Situation. So etwas hat es in der Geschichte von Neu-Anspach noch nicht gegeben.

Dieses Vorgehen der Regierungsfractionen von B-NOW, SPD und NBL war eine Bankrotterklärung!

Um das Eingeständnis des eigenen Versagens zu umgehen, werden die Schuldigen für die Finanzmisere beim Land und bei Corona gesucht.

Damit die Zurückweisung des Haushalts nicht als Arbeitsverweigerung angesehen wird, wurde der Magistrat mit Arbeitsaufträgen (> 20) überschüttet, ohne deren Ergebnisse angeblich keine Haushaltsberatungen möglich wären.

Allerdings wurde der Jugendbereich des Haushalts vorweggenommen und als separater Tagesordnungspunkt – Neukonzeption Jugendpflege (wurde im August beauftragt) - in der Tagesordnung aufgenommen. Man sollte meinen, hier würde ein neues Konzept vorgelegt, aber weit gefehlt, hier wurde lediglich der VzF, der das Jugendhaus betreibt, gezwungen, die Kosten um € 100.000,- zu senken. Betroffen ist auch die Stelle des Streetworkers, der vom VzF ausgeliehen wurde.

Durch diese Kostensenkung wird die Jugendarbeit, die für Neu-Anspach notwendig ist, zunichte gemacht. Die Arbeitszeit des Streetworkers wird massiv reduziert, die Veranstaltungen des Jugendhauses werden fast zur Gänze gestrichen. Einzusehen auf der Homepage der Stadt.

Aus unserer Sicht haben sich der Bürgermeister und die Regierungsfractionen von B-NOW, SPD und NBL ein Armutszeugnis, das seines Gleichen sucht, ausgestellt.

Es ist schon erschreckend, wenn der Bürgermeister mit seinem Haushaltsplan für 2021 eine Schließung der Bücherei und eine Grundsteuer B Erhöhung auf 1100 Prozentpunkte ankündigt und im Haushaltplan ausweist.

So etwas ist Rekordverdächtig. Damit würden wir zu den Spitzenreitern von ganz Hessen gehören!

Was natürlich auch beim Lesen des Haushalts 2021 auffällt, sind die massiven Erhöhungen der Personalkosten von ca. 7% gegenüber dem Vorjahr. Aus unserer Sicht sind die Personalkosten zu hoch angesetzt worden. Wir halten eine Steigerung von 3% inkl. der Tarifierhöhungen von 1,4 % für angemessen.

Einen Punkt den ich an dieser Stelle auch nicht unerwähnt lassen möchte, ist die Senkung der Grundsteuer B für das Jahr 2020, was auch nicht rechtens war. Obwohl eigentlich klar hätte sein müssen, dass 2020 auch kein finanziell einfaches Jahr werden würde, da es ja galt, unsere Kassenkredite abzubauen und unsere Liquidität sicherzustellen.

Wir, die FWG, hatten bereits in unserer Haushaltrede für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 darauf hingewiesen, dass es in der desaströsen finanziellen Lage von Neu-Anspach nicht angesagt sein kann, die im Vorjahr angehobene Grundsteuer wieder teilweise zu senken. Wir waren und sind der Meinung, dass der Bürgermeister mit seinem damaligen Handeln, die Grundsteuer B zu senken, gegen die Nachhaltigkeitssatzung, die den Generationenbeitrag regelt, verstoßen hat. Die Grundsteuer B kann erst gesenkt werden, wenn die in der Nachhaltigkeitssatzung vorgegebenen Ziele erreicht werden, was nicht gegeben ist. Dieses fahrlässige Handeln rächt sich jetzt.

Im Übrigen stehen wir mit unserer Meinung nicht alleine da. Wir bekommen Unterstützung von unserem Landrat Ulrich Krebs.

Dieser schreibt in seinem Widerspruchsbescheid vom 29.12.2020:

Zitat: „Ergänzend bleibt festzuhalten, dass der Hebesatz der Grundsteuer B gegenüber dem Vorjahr um 49 Prozentpunkte gesenkt wurde. Hiermit geht ein Ertragsverzicht von ca. € 279.700,- einher. Dieser Betrag hätte im Sinne der

städtischen Nachhaltigkeitssatzung zur weiteren Reduzierung der überjährigen Liquiditätskredite genutzt werden können.“ **Zitat Ende**

Der vom Bürgermeister vorgelegte Haushaltsplan mit einer Grundsteuererhöhung auf 1100 Prozentpunkte ist aus seiner Sicht und der Sicht des Magistrats natürlich nachvollziehbar. Wir können aber nicht zulassen, dass die Versäumnisse des Bürgermeisters und der Regierungsfractionen SPD, b-now und NBL ungemindert an die Bürger weitergereicht werden. Es fehlt der Wille zum Sparen.

Mit der Zurückweisung des Haushaltes wird vom Bürgermeister und dem Magistrat verlangt - **dies ist eine Arbeitsanweisung!!!** - Sparvorschläge mit der Verwaltung zu erarbeiten und in einen neuen Haushaltplan vorzulegen. Der Bürgermeister und der Magistrat weigerten sich aber hartnäckig dies zu tun. Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen unzulässig!

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass es die Aufgabe des Bürgermeisters und des Magistrats ist, mögliche Sparvorschläge zu erarbeiten und den Stadtverordneten vorzulegen, damit diese anhand der Sparliste entscheiden können, wo Einsparungen vorzunehmen sind. Mit anderen Worten die Stadtverordneten geben lediglich die Richtung vor!

Wir sind der Meinung, dass es sich hier um Arbeitsverweigerung handelt. Diese Haltungsweise ist uns allerdings schon öfter begegnet. Der Bürgermeister und der Magistrat kommen Ihren Aufgaben nur ungenügend nach!

Als Beispiel sei hier noch die Erstellung des Kindertagesstättenentwicklungsplans genannt, welches einstimmig in der StaVo vom 13.02.2020 beschlossen wurde.

Dieser Antrag wurde im Übrigen aus den Reihen der b-now gestellt.

Was ist bis heute passiert? Nichts!

Es wurde lediglich ein Papier präsentiert, indem man versucht € 500.000,- im U3 Bereich mehr einzunehmen. Das heißt: ca. 117 Eltern sollen ein Defizit von € 500.000,- stemmen.

Das kann doch nicht wahr ein! Auch an dieser Stelle möchte ich nochmals betonen, Zitat Prüfer des Kreises bzw. RP Darmstadt: „Neu-Anspach hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabeproblem!“

Wir fordern nach wie vor, dass dieser Arbeitsauftrag ausgeführt wird und die Stadt gemeinsam mit dem Stadelternbeirat und je einem Mitglied aus jeder Fraktion einen solchen Kindertagesstättenentwicklungsplan erstellen, um daraus gerechte, bedarfsorientierte und zukunftsweisende Gebühren für alle Kinderbetreuungsplätze zu erarbeiten. Ohne ein solches Konzept werden wir keinen Gebührenerhöhungen zustimmen!

Ein weiteres Beispiel ist die Wiederbesetzung der Stelle des Jugendpflegers, der gekündigt hatte. Da wir eine Wiederbesetzungssperre festgelegt hatten, wurde diese in der StaVo vom 02.07. 2020 für den Jugendpfleger aufgehoben, damit die Stelle neu ausgeschrieben werden konnte. Doch was ist passiert? Wieder nichts!

Man hatte lediglich beim VzF nachgefragt und sich darauf geeinigt, dass ein Mitarbeiter des VzFs die Stelle kommissarisch übernimmt. Das war aber nicht der Auftrag, den die StaVo dem Bürgermeister erteilt hatte.

Durch die bereits erwähnte Zurückweisung des Haushalts an die Verwaltung und dem erzwungenen nicht öffentlichen „Arbeitskreis Haushalt“ wurde der unveränderte Haushalt gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung in 6 Sitzungen nochmals überarbeitet.

Heraus kam ein Papier mit einer Liste von möglichen Vorschlägen, wie die Grundsteuer B gesenkt werden könne und wie die notwendige Liquidität zu erreichen wäre. Diese Vorschläge wurden in einer erneuten HFA Klausur und in einer weiteren HFA Sitzung von den Regierungsfractionen beschlossen.

Die FWG ist allerdings der Meinung, dass der neue Haushaltplan nicht realistisch und tragfähig ist. Es ist zwar gelungen die Grundsteuer B nur von 678 Prozentpunkten um 80 Prozentpunkte auf 758 Prozentpunkte zu erhöhen, allerdings sehen wir die Maßnahmen um die Liquidität sicherzustellen, als zu blauäugig an.

Zum einen sei die Maßnahme der Gebührenanpassung der Einpendler Kinder genannt, mit der die Gebühren an die wirklich entstehenden Kosten angepasst werden sollen. Eine Maßnahme die sinnvoll ist. Allerdings wurden hier € 235.000,- an zusätzlichen Einnahmen angesetzt. Dieser Ansatz ist zu hoch, da es bereits bestehende Verträge gibt und ein zeitlicher Vorlauf für diese Maßnahmen benötigt wird. Wir sind der Meinung, dass es seriöser ist, konservativ zu kalkulieren und lediglich € 80.000,- als Mehreinnahmen auszuweisen.

Ein weiterer Punkt sind die Einnahmen von unserem Waldschwimmbad. Durchschnittlich (2014-2019) belaufen sich die Einnahmen auf € 66.000,-. In unserem Haushalt werden sie mit € 85.000,- beziffert. So hoch wie seit Jahren nicht.

Und um einen Abbaupfad für die Kassenkredite aufzuzeigen und den notwendigen Aufbau der Liquiditätsreserven darzustellen und umzusetzen, sollen diverse Grundstücke verkauft werden.

Die höchsten Einnahmen sollen mit dem Verkauf der Neuen Mitte und dem ARS Sportplatzes generieren werden. Hier sei beispielhaft der ARS Sportplatz genannt. Dieser soll für € 2.318.250,- an den Kreis verkauft werden. Ein sehr futuristischer Ansatz, um zu Geld zu kommen, zumal der Kreis zu diesem Preis gar kein Interesse an einem Kauf hat.

Und schlussendlich geht es noch um die Investition zur Errichtung eines Wärmepufferspeichers für € 522.500,-, den wir eigentlich ins Jahr 2022 schieben wollten. Hier mussten wir allerdings erfahren, dass der Bürgermeister bereits € 400.000,- ausgegeben hatte, ohne die Stadtverordnetenversammlung in Kenntnis zu setzen. Das ist wahrlich ein starkes Stück, das sicherlich noch ein Nachspiel haben wird!!!

Allein an den aufgezählten Punkten kann man erkennen, dass der Haushalt mit einer heißen Nadel gestrickt wurde und uns ganz sicher auf die Füße fallen wird. Deswegen werden wir diesem unrealistischen Haushalt nicht zustimmen.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle noch etwas anzumerken:

Der FWG wird von den Regierungsfractionen oft vorgeworfen, und es wird von ihnen in der Presse immer wieder betont, dass wir den vorgelegten Haushaltsentwürfen nicht zustimmen, was auch richtig ist. Sie sollten sich lieber fragen warum!

Untauglichen und unseriösen Versuchen den Haushalt zu konsolidieren stehen wir sehr kritisch gegenüber und können solchen folglich nicht zustimmen.

Auch dieses Jahr zum Schluss noch eine kleine Anekdote.

Neu-Anspach hat eine neue Attraktion für unsere jungen Familien. Nachdem unser Bürgermeister 2 Rasenmäroboter angeschafft hatte, und sie endlich nach Monaten ihren Betrieb ordentlich verrichteten, wohlgermerkt ohne die notwendigen Umzäunungen, sieht man in Häusern des Öfteren junge Familien,

deren Kinder mit dem Roboter spielen, oder auch Eltern, die den Roboter nutzen, um ihre Sprösslinge darauf herumkutschieren zu lassen.

Auch konnte man mit Freude beobachten, wie die Gymnastikfrauen, die wegen Corona ihr Training unter freiem Himmel auf dem Sportplatz abgehalten haben, von diesem Rasenmäroboter von ihren Plätzen verscheucht wurden.

Und jedes Mal wenn der Roboter zum Stehen gebracht wurde, muss ein Mitarbeiter des Bauhofs ausrücken, um den Rasenmäroboter wieder in Schwung zu bringen.

Wir von der FWG sind keine Spielverderber, aber sind dennoch der Meinung, die Kosten für die notwendigen Zäune von € 70.000,- und die Miete der Roboter von € 8.000,- einzusparen und dem Bauhof wieder das Mähen zu überlassen.

Dies ist durchaus möglich, da der Bauhof eh die restlichen Flächen am Sportplatz mähen und sauber halten muss und die Kollegen durch den Verkauf und das Verpachten von kleineren Grünflächen Zeit übrig haben, die zum Mähen des Sportplatzes genutzt werden kann.

Das sind wahre Sparmaßnahmen!

Und zu guter Letzt möchten wir uns von der FWG-UBN bei der Verwaltung für die geleistete, gute Arbeit bedanken, insbesondere bei der Kämmerei.

Vielen Dank, dass sie mir zugehört haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen guten Start ins Jahr 2021 und bleiben Sie gesund.

Hans-Peter Fleischer

Fraktionsvorsitzender FWG-UBN